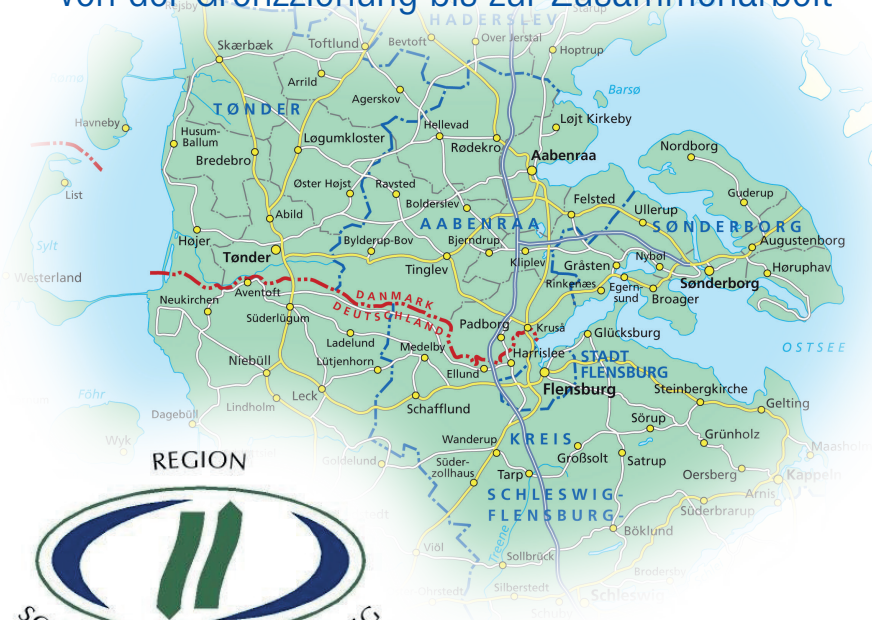


1920-2020:

Das deutsch-dänische Grenzgebiet – von der Grenzziehung bis zur Zusammenarbeit



Region Sønderjylland-Schleswig

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1920 - 1932: Neue Beziehungen nach der Grenzziehung	2
1933 - 1945: Nazis, Krieg und Besatzungszeit	5
1946 - 1954: Nachkriegszeit	7
1955 - 1972: Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und ihre Folgen	9
1973 - 1981: Dänemark in Europa	11
1982 - 1996: Auf dem Weg zu geregelten Verhältnissen	12
1997 - 2007: Ein gemeinsames Grenzland	13
2008 - 2019: Fortschritt und Pragmatismus	16
Epilog	19
Literaturliste	20

Impressum:

Herausgeber: Region Sønderjylland-Schleswig

Verfasserin: Andrea Graw-Teebken, ph.d

Regionskontor & Infocenter

Lyren 1 DK-6330 Padborg

Tlf. +45 74 67 05 01 Fax +45 74 67 05 21

www.region.de www.region.dk

www.kulturfokus.de www.kulturfokus.dk

www.pendlerinfo.org

März 2020

ISBN: 978-87-93827-15-8

Druck und Layout: Toptryk Grafisk, Gråsten

Fotos: Martin Ziemer, Tim Riediger (nordpool), Sören Sachau (Cover Mitte), Colourbox, Region Sønderjylland-Schleswig

Dank an Dr. Martin Klatt

Einleitung

Seit 1997 befassen wir uns in der Region Sønderjylland-Schleswig mit der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Kommunen nördlich und südlich der Grenze. Die Region hat neue Netzwerke geschaffen, für politisches Aufsehen gesorgt, war an Diskussionen beteiligt und hat selbst Diskussionen angeregt. In wenigen Jahren feiert die Region ihr 25-jähriges Bestehen, und es war seit jeher ein Anliegen, die Hemmnisse zu minimieren, die die Landesgrenze und unterschiedliche rechtliche und politische Systeme sowie Verwaltungssysteme mit sich führen.

Eben diese Landesgrenze dient als Ausgangspunkt für unser kleines Heft. Wir blicken auf die vergangenen 100 Jahre seit Bestehen der jetzigen Grenze zurück. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht nur die regionalen deutschen und dänischen Entwicklungen in Schleswig-Holstein und Sønderjylland, sondern auch nationale und internationale Aspekte. Das Heft richtet sich an die breite Öffentlichkeit, und wir hoffen auf eine große Leserschaft.

2020 werden viele Veranstaltungen stattfinden. Ob nun die Wiedervereinigung oder ein Jubiläum gefeiert wird, das spielt für uns in der Region Sønderjylland-Schleswig eine untergeordnete Rolle – wir freuen uns über das friedliche Miteinander und die gute Zusammenarbeit, zu der wir seit 1997 beitragen durften.

Viel Spaß bei der Lektüre!



Foto: Martin Ziemer

1920 - 1932: Neue Beziehungen nach der Grenzziehung

Die Jahre 1919/1920 stellten für den gesamten europäischen Kontinent eine Umbruchphase dar. Während der Erste Weltkrieg durch das komplizierte Bündnissystem ausgelöst wurde, das Ende des 19. Jahrhunderts entstanden war und durch das die Großmächte viele Jahre in Schach gehalten werden konnten, stellte der Friedensvertrag von Versailles für Deutschland eine Herausforderung dar. Auf der Friedenskonferenz wurden Deutschland und Österreich-Ungarn die Schuld am Krieg zugewiesen. Die erste demokratische deutsche Republik wurde in Weimar ausgerufen, und die Siegermächte beschlossen, Volksabstimmungen in ausgewählten Gebieten durchführen zu lassen, in denen sprachlich und kulturell gemischte Bevölkerungen lebten – darunter auch in Nordschleswig. Die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker¹ war vom US-Präsidenten Woodrow Wilson politisch formuliert worden. Die Befragung der Bevölkerung in einer politisch-strategischen Frage war ein ganz neuer Ansatz.

Das Herzogtum Schleswig wurde in zwei Abstimmungszonen eingeteilt. Die internationale Kommission traf in Flensburg ein, um den praktischen Teil der Abstimmung vorzubereiten, durchzuführen und zu überwachen. Die nördliche Zone zwischen der Kongeå und Flensburg sprach sich überwiegend für eine dänische Zugehörigkeit aus, während die südliche Zone einschließlich Flensburg und der westlichen Gebiete überwiegend für eine deutsche Zugehörigkeit votierte. Das ehemalige Herzogtum, das nach dem dänisch-österreichisch-preußischen Krieg im Jahre 1864 zu Preußen gehörte, wurde nach der Volksabstimmung geteilt. Der nördliche Teil, das heutige Sønderjylland, gehörte fortan zu Dänemark. Die Wiedervereinigung wurde im ganzen Land und insbesondere in Sønderjylland gefeiert, wonach eine umfassende Umstrukturierung eingeleitet wurde. Bahngleise und Straßen wurden umgelegt, damit die Verbindungen in Richtung Süden gekappt oder erschwert wurden. Hinzu kam eine Neuordnung der Verwaltungspraxis, der Lehrpläne der Schulen und überhaupt aller öffentlichen Einrichtungen und Strukturen – ein gigantisches Wiedervereinigungsprojekt.²

-
- 1 „Die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung wurde im 19. Jahrhundert von mehreren Volksgruppen unter Fremdherrschaft aufgegriffen und während des Ersten Weltkrieges zum offiziellen Kriegsziel der Alliierten erklärt, u. a. in den 14 Punkten des US-Präsidenten Wilson. Die Grenzziehungen und Staatsgründungen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg beruhten auf diesem Prinzip. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Prinzip der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker als Grundprinzip in die UN-Charta aufgenommen.“ (Eintrag aus der Enzyklopädie denstoredanske.dk)
 - 2 Siehe auch Morten Andersen: Den fólte grænse: Slesvigs deling og genopbygning 1918-1933. Aabenraa 2008

Sønderjylland erfuhr große Solidarität aus dem restlichen Dänemark, umgekehrt gab es auch südlich der Grenze eine Reihe von Änderungen. Flensburg war nicht mehr Zentrum eines größeren Einzugsgebiets, sondern wurde zu einer Grenzstadt in Randlage. Als Dank dafür, dass die Stadt für einen Verbleib in Deutschland votiert hatte, wurde der Stadt das Deutsche Haus geschenkt.

Die Grenze wurde 1920 gezogen, und der Kontakt über die Grenze wurde massiv erschwert. 1922 trat der deutsch-dänische Grenzvertrag in Kraft, der grenzspezifische Aspekte regulierte. Einige Übereinkommen waren eher von kurzer Dauer und bezogen sich auf praktische Aspekte der neuen Grenzziehung. Andere wiederum wurden für mehrere Jahre geschlossen, und einige Bestimmungen haben sogar noch heute Gültigkeit, z. B. die Pflege der physisch sichtbaren Grenze, darunter der Grenzsteine. Alle 10 Jahre werden Grenzverlauf und Grenzsteine inspiziert, zuletzt 2014.

Die Errichtung der Deutsch-Dänischen Grenzgewässerkommission kann als erste grenzübergreifende Einrichtung betrachtet werden.



Foto: Martin Ziemer

Vier Jahre später, 1926, wurde der Visumzwang beim Grenzübertritt von den Behörden aufgehoben. Dadurch wurde das Leben der Familien erheblich einfacher, die durch die Grenzziehung getrennt wurden. Eine weitere Verbesserung erfolgte 1929 durch die Ausstellung des sogenannten „tjørepas“. Dieser Ausweis ermöglichte kurze Besuche im Nachbarland, und in der Praxis gewährleistete diese

Regelung Reisefreiheit zwischen den beiden Ländern. Die Regelung wurde nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Deutschland eingeschränkt und später ganz abgeschafft.

Der Beginn der Zwischenkriegszeit in den 1920er Jahren war eine lebhaftere Periode mit künstlerischer und kultureller Entfaltung in Berlin und anderen Städten, Baustile wie der Bauhaus-Stil wurden erfunden, und die Gesellschaft veränderte sich grundlegend. Frauen trugen Hosen, Homosexuelle bekamen größere Freiheiten und waren sichtbarer als früher.

Gleichzeitig waren Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg hohe Reparationszahlungen auferlegt worden, es wurde mehr Geld gedruckt, was zur Hyperinflation führte. Der New Yorker Börsenkrach 1929 resultierte in einer noch größeren Arbeitslosigkeit. In Sønderjylland gab es eine Landwirtschaftskrise.

Zusammenfassend war das erste Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg eine Phase, in der man sich auf beiden Seiten der Landesgrenze erst einmal in einem deutschen bzw. dänischen Nationalstaat zurechtfinden musste. Die Zusammenarbeit stand dabei nicht im Mittelpunkt.

1933 - 1945: Nazis, Krieg und Besatzungszeit

Die Wirtschaftskrise bot Adolf Hitler und seinen Anhängern, die bereits 1923 ihren ersten Putsch unternommen hatten, den Nährboden für ihren Aufstieg. 10 Jahre später herrschten andere Zeiten, und Hitler nutzte die neuen demokratischen Institutionen für seine Zwecke. Die Ernennung zum Reichskanzler im Januar 1933 und die Diktatur lösten Beängstigung im Nachbarland aus, denn der politische Systemwechsel in Deutschland würde unweigerlich die Beziehungen zum nördlichen Nachbarland beeinflussen. Im Laufe der 1930er Jahre erlebte Dänemark einen Wirtschaftsaufschwung, die Zeit war aber eher von der Angst vor dem südlichen Nachbarland geprägt. Die dänische Neutralitätspolitik aus dem Ersten Weltkrieg wurde weitergeführt, und im Mai 1939 wurde ein Nichtangriffspakt mit Deutschland geschlossen. Der Pakt war jedoch nicht das Papier wert, auf dem er stand, was sich im September mit dem deutschen Überfall auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges zeigte.

Im April 1940 wurde Dänemark von Deutschland besetzt. Die Besetzung erfolgte praktisch lautlos. Die Truppen überquerten die Grenze frühmorgens, und ausschließlich in Sønderjylland kam es zu Kämpfen. Gegen die deutschen Fallschirmtruppen bei Aalborg und in Kopenhagen wurde keinerlei Gegenwehr geleistet. Der deutsche Botschafter Cecil von Renthe-Fink³ überreichte dem dänischen Außenminister ein Dokument, in dem die Besetzung als Schutz vor einer möglichen Besetzung durch Großbritannien dargestellt wurde. Die dänische Regierung ging auf diese Argumentation ein und behielt sich vor, das politische System und auch das Verwaltungssystem aufrechtzuerhalten. Anders als viele andere besetzte Länder stand Dänemark somit nicht unter deutscher Verwaltung, und dank der sogenannten Politik der Zusammenarbeit konnte die Bevölkerung weitgehend vor Übergriffen geschützt werden, zumindest bis 1943.

Ein weiterer Aspekt war, dass die Nationalsozialisten die Grenze von 1920 anerkannten und keine Eingliederung von Sønderjylland wünschten. Für den grenznahen Verkehr war die Besetzung jedoch mit massiven Einschränkungen verbunden, und die Visumpflicht wurde wieder eingeführt. Generell war die Zeit zwischen 1933 und 1945 von dem NS-Regime in Deutschland, dem Krieg und

3 „Cecil von Renthe-Fink, 1885 - 1964, deutscher Diplomat. Renthe-Fink wurde 1936 zum Gesandten in Kopenhagen ernannt und wurde bei der Besetzung Dänemarks am 9.4.1940 Reichsbevollmächtigter, d. h. oberste deutsche politische Instanz in Dänemark. Er trat der NSDAP 1939 bei, hatte aber keinen besonderen Status. Renthe-Fink verteidigte die Zusammenarbeit mit der dänischen Regierung und argumentierte gegen einen Machteinfluss der dänischen Nationalsozialisten.“ (Eintrag aus der Enzyklopädie denstordanske.dk)

dessen Folgen geprägt. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit unter gleichwertigen Partnern war nicht möglich.



Foto: Colourbox

1946 - 1954: Nachkriegszeit

Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 war die Grenze geschlossen, und sie wurde zunächst erst schrittweise geöffnet. 1946 durften wieder Briefe über die Grenze geschickt werden. In der frühen Phase standen die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf Stand-by, aber nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 bestand wieder eine Grundlage für zwischenstaatliche Kontakte.

1949 wurde die alte Tradition der wiederkehrenden Grenzbegehungen wieder aufgenommen. Die neuen Zeiten erlaubten es auch deutschen Staatsbürgern, wieder nach Dänemark einzureisen, ab 1954 sogar ohne Visum. Ein Jahr später durften Freizeitsegler erneut die Flensburger Förde als Segelrevier nutzen. Anfang der 1950er Jahre wurde dann der frühe Beginn einer möglichen neuen deutsch-dänischen Zusammenarbeit erkennbar. Eine deutsch-dänische Bücherausstellung in Flensburg wurde die erste grenzüberschreitende Veranstaltung nach dem Krieg.

Unmittelbar nach dem Krieg kamen im Grenzland auch ganz besondere Gegebenheiten zum Tragen. So hegte der dänisch gesinnte Teil der Bevölkerung südlich der Grenze einen starken Wunsch, die Grenze weiter in Richtung Süden zu verschieben. „Dänemark bis zur Eider“ wurde zum Schlagwort, und Kreise in Dänemark unterstützten dieses Unterfangen sogar sehr stark. Diese Politik wurde von der dänischen Regierung jedoch nicht unterstützt, die vielmehr eine englische Anfrage unmittelbar nach dem Krieg abgelehnt hatte, um hinsichtlich der Grenzverschiebung nicht die Büchse der Pandora zu öffnen.⁴

Der Gedanke einer möglichen Verschiebung der Grenze und einer neuen Volksabstimmung erfuhr Gegenwind von deutsch und schleswig-holsteinisch Gesinnten. Im sogenannten Gesinnungskampf wurden hitzige Debatten geführt, und beide Seiten standen sich unversöhnlich gegenüber. Noch bis Mitte der 1980er Jahre war das Verhältnis zwischen Mehr- und Minderheit südlich der Grenze von diesen Streitigkeiten geprägt.

Gleichzeitig war die deutsche Minderheit von der Rechtsabrechnung in Dänemark stark betroffen. Viele junge Männer, die sich freiwillig zum deutschen Militärdienst gemeldet hatten, wurden ab 1945 im Lager „Fårhuslejren“ interniert. In der deutschen Minderheit gab es langwierige interne Diskussionen über die Besatzungszeit und die Rolle der Minderheit. Das Bekenntnis zum und die Loyalität gegenüber dem dänischen Staat standen dabei sehr früh im Zentrum, bereits bei der Gründung der Minderheitenorganisation „Bund deutscher Nordschleswiger“ im Jahre 1945.

⁴ Siehe auch Axel Johnsen: Dannevirke-mænd og Ejderfolk: den grænsepolitiske opposition i Danmark 1920-1940. Flensburg 2005

Zusammenfassend lässt sich die Periode unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg als eine Phase beschreiben, in der die Nachwirkungen im Mittelpunkt standen. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit war nicht möglich, bis 1949 gab es keinen deutschen Staat südlich der Grenze, weshalb jeglicher Kontakt mit den Besatzungsmächten und über diese erfolgen musste.



Foto: Martin Ziemer

1955 - 1972: Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und ihre Folgen

In den 1950er Jahren erlebte Deutschland einen Wirtschaftsaufschwung. Nach dem Bruch mit dem Bündnispartner, der Sowjetunion, wurde ein umfassendes US-Hilfsprogramm in die Wege geleitet. Viele Alt-Nazis wurden rehabilitiert oder gar nicht erst strafrechtlich verfolgt, was in Schleswig-Holstein gängige Praxis war. Jetzt galt es, das Land wiederaufzubauen und ein demokratisches System zu schaffen. 1955 wurde die Bundesrepublik in die NATO eingebunden, was mehreren Nachbarländern, darunter Dänemark, ermöglichte, die bilateralen Beziehungen wiederaufzunehmen.

Auch im Grenzland war diese Annäherung spürbar. Hier schafften die sogenannten Bonn-Kopenhagener Erklärungen die Grundlage für ein besseres Verhältnis zum Nachbarland, weil sie den Diskussionen über eine mögliche Verschiebung der Grenze und der ungeklärten Minderheitenfrage ein Ende setzten. In den Erklärungen wurde festgesetzt, dass das Bekenntnis zur Zugehörigkeit zur dänischen Minderheit in Südschleswig und ebenfalls zur deutschen Minderheit in Sønderjylland frei ist. Durch die Erklärungen bekamen die dänische Minderheit südlich der Grenze und die deutsche Minderheit nördlich der Grenze gleichzeitig bessere Bedingungen, ihre Kultur zu leben, ihr Vereinsleben zu organisieren und ihr Schulwesen zu fördern. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen gelten heute als beispielhaft.



Foto: Colourbox

Die Jahre zwischen 1955 und 1973 waren im Vergleich zu den früheren Jahren generell durch entspannte Verhältnisse geprägt. In Aabenraa wurden zum ersten Mal im Jahr 1960 die „Deutsch-Dänischen Tage“ abgehalten, die danach regelmäßig etwa alle zwei Jahre jeweils im Turnus auf deutscher und dänischer Seite stattfanden. Gleichzeitig befand sich die ganze Region in einer Phase des finanziellen Aufschwungs. Durch die Gründung der EWG (der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) wurde es für dänische Unternehmen attraktiv, Zweigstellen in der Bundesrepublik zu eröffnen. 1958 eröffnete Danfoss als erstes dänisches Industrieunternehmen ein Werk in Südschleswig.

Auch politisch wurde die Annäherung großgeschrieben. Dänemark empfing 1963 den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Helmut Lemke als ersten deutschen Spitzenpolitiker seit dem Krieg – 18 Jahre nach dessen Ende.

Diese Periode war vom Wunsch nach einer Normalisierung der Verhältnisse geprägt, und dazu gehörte auch die Anerkennung der Minderheitenrechte. Damit wurde nach mehrjährigen Grenzstreitigkeiten und Diskussionen ein Schlusspunkt gesetzt. Die Anerkennung der Minderheitenrechte trug zur Schaffung der Voraussetzungen für eine reguläre grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei.

1973 - 1981: Dänemark in Europa

Ging es in der Zeit bis 1970 um die Herstellung stabiler Verhältnisse über die Grenze hinweg, waren die frühen 1970er insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass Dänemark der europäischen Zusammenarbeit in der EG beitrug, einer Zusammenarbeit, für die sich die Bundesrepublik bereits von Anfang an stark gemacht hatte. Für das Grenzland war dieser Beitritt ein ganz entscheidender Schritt, machte es doch den Kontakt über die Grenze hinweg noch einfacher.

Vor dem Beitritt Dänemarks gab es in Schleswig-Holstein viele Überlegungen über eine mögliche Errichtung einer sogenannten Euroregion. Diese Pläne wurden zunächst vom dänischen Außenministerium abgelehnt. Die Dänen erklärten sich jedoch bereit, bei konkreten Problemstellungen zusammenzuarbeiten. Die grenznahen Kommunen machten den ersten Schritt, was zur Errichtung der Förderkommission führte, die eine kommunale, grenzübergreifende, kooperative Einrichtung war, die die Wasserqualität der Flensburger Förde untersuchen und verbessern sollte. Man traf sich in diesem Forum bis 1983, und neben der Wasserqualität wurden auch weitere für die deutsch-dänische Zusammenarbeit in der Grenzregion relevante Themen erörtert. 1977 entstand außerdem das sogenannte Deutsch-Dänische Forum, und an diesem informellen, grenzübergreifenden Kontaktforum waren Sønderjyllands Amt, der Kreis Schleswig-Flensburg, der Kreis Nordfriesland und die Stadt Flensburg beteiligt.

Diese Periode lässt die frühen Anfänge einer formalisierten Zusammenarbeit erkennen, und man blickte dabei vor allem auf andere Grenzregionen, die bereits ab Mitte der 1950er Jahre eine institutionalisierte Zusammenarbeit entwickelt hatten. Wurde im deutsch-dänischen Grenzgebiet immer noch von Fall zu Fall entschieden, waren in den deutschen Gebieten, die an die Niederlande, Belgien und Frankreich angrenzen, längst institutionalisierte Kooperationsorganisationen entstanden, und vor allem Politiker aus Schleswig-Holstein waren an diesen Kooperationen sehr interessiert und ließen sich davon inspirieren.



Foto: Colourbox

1982 - 1996: Auf dem Weg zu geregelten Verhältnissen

Zu Beginn der 1980er Jahre fand ein politischer Generationswechsel im Grenzland statt. Kresten Philipsen löste Erik Jessen als Amtsbürgermeister in Sønderjylland und Uwe Barschel Gerhard Stoltenberg als Ministerpräsident in Schleswig-Holstein ab. Diese neue Politikergeneration war nicht aktiv am Krieg beteiligt gewesen, und u. a. diese Tatsache führte zu einer wesentlich verbesserten Kommunikation über die Grenze hinweg. Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt beschlossen 1988 ein gemeinsames grenzüberschreitendes Entwicklungsprogramm, um europäische Fördermittel für die Grenzregion zu beantragen. Die Möglichkeit, EG-Fördermittel einzuwerben, stand in der Anfangsphase der Zusammenarbeit im Zentrum. Gleichzeitig erkannten immer mehr Politiker auf beiden Seiten der Grenze die Vorteile einer gut funktionierenden Zusammenarbeit. Die gemeinsamen Bemühungen wurden belohnt, zumal der Grenzregion 1990 Gelder für grenzüberschreitende Zwecke bewilligt wurden. Die Mittel stammten direkt aus dem ersten Interreg-Programm, was zugleich den Beginn der Nutzung der Interreg-Programme durch die Region in den folgenden Jahrzehnten einläutete.

Doch die formalen Strukturen waren noch nicht etabliert, es wurde immer noch von Fall zu Fall entschieden. Beim ersten Grenzlandkongress 1995 rief der schleswig-holsteinische Europaminister Gerd Walter zur Errichtung einer „Euroregion Slesvig“ auf. Amtsbürgermeister Kresten Philipsen reagierte positiv auf diesen Vorschlag.

Diese Phase kann generell als Zwischenphase bezeichnet werden, in der viele einer fest etablierten Zusammenarbeit noch skeptisch gegenüberstanden. Man wollte lieber von Fall zu Fall entscheiden, da ein fester Rahmen weniger Autonomie bedeuten würde, so die Begründung. Auf dänischer Seite spielte auch die traditionell europakritische Haltung eine Rolle, aber langfristig überzeugte insbesondere der finanzielle Aspekt.



Foto: Colourbox

1997 - 2007: Ein gemeinsames Grenzland

Im Frühjahr 1997 wurde für und gegen eine formalisierte Zusammenarbeit diskutiert. Auf dänischer Seite wurde gegen die Entstehung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Errichtung der „Euroregion Slesvig“⁵ sowie den Beitritt Dänemarks zum Schengener Abkommen protestiert. Dabei trat die dänische Minderheit um SSW-Urgestein Karl Otto Meyer als großer Gegner der Zusammenarbeit auf. Man hatte Angst, die Rolle des primären Brückenbauers über die Grenze hinweg zu verlieren. Auf dänischer Seite gründete sich eine neue Partei, die für eine Legislaturperiode in den Amtsrat gewählt wurde. Eine Protestaktion am Grenzübergang Kruså schaffte es in die deutschen sowie dänischen Nachrichten.

Im September 1997 wurde die Region Sønderjylland/Schleswig (oder Slesvig – anfangs blieb die Schreibweise den Partnern selbst überlassen) nach einstimmigen Beschlüssen des Amtsrates Sønderjylland, des schleswig-holsteinischen Landtages, der Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie der Stadt Flensburg errichtet. Als die Vereinbarung unterzeichnet wurde, waren daran große Erwartungen geknüpft. Das öffentliche Interesse, das der Region von Anfang an zuteilwurde, machte deutlich, dass die Arbeit keineswegs nur eine rein administrative Seite hatte, sondern vielmehr auch einen politischen Aspekt und Signalwirkung. Die Gegner befürchteten, dass die neu errichtete Region Sønderjylland/Schleswig Eingriffe in die Souveränität Dänemarks zur Folge haben würde. Davon war jedoch nie die Rede gewesen.

Die Gründung der Region Sønderjylland/Schleswig im Jahre 1997 bedeutete in der Praxis, dass man über eine stärkere institutionelle Struktur verfügte, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit voranzubringen. Anfangs bestand die Aufgabe darin, ein deutsch-dänisches Sekretariat einzurichten, denn ein solches gab es noch nicht. Zu den Aufgaben des Sekretariats gehörten der Aufbau und die Betreuung des Regionalrates. Ferner mussten die Öffentlichkeitsarbeit verbessert und neue Verfahren für gemeinsame deutsch-dänische Begegnungen entwickelt werden. Dazu war eine Reihe von Fragen zu beantworten: Wie sollten Sitzungen stattfinden? Wer darf welche Sprache sprechen? Welche formalen und informellen

5 Vor der Errichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war „Euroregion Slesvig“ die bevorzugte Bezeichnung auf deutscher Seite. Bald war jedoch klar, dass die dänische Seite die Bezeichnung „Euroregion“ nicht akzeptieren konnte, weshalb man sich für „Region“ entschied. Die dänische Schreibweise „Slesvig“ wurde in den ersten Jahren beibehalten, als die deutschen und dänischen Bezeichnungen parallel benutzt wurden. Genau wie der Schrägstrich in „Region Sønderjylland/Schleswig“ wurde dieser Sprachgebrauch jedoch 2002 aufgegeben.

Regeln gelten bei der Durchführung politischer Sitzungen? Interne Dokumente zeigen, dass diese Fragen in der Anfangsphase eine sehr große Rolle spielten.

2001 trat Dänemark dem Schengener Abkommen bei. Die alten Grenzgebäude wurden abgerissen, und die festen Grenzkontrollen wurden abgeschafft. Die Kontrollfunktion der Grenze wurde fließender, und deutsche und dänische Polizeibeamte bezogen gemeinsame Büroräume. Bei Bedarf durften auch Fahrzeuge über die Landesgrenze verfolgt werden.

2002 wurde der Name der Region in Region Sønderjylland-Schleswig geändert. Der Änderung war eine Diskussion über die Benennung des Zusammenschlusses vorausgegangen. Man einigte sich darauf, dass ein Bindestrich ein positiveres Signal vermittele als ein trennender Schrägstrich.

Nahezu von der ersten Stunde an stellte die Kultur, neben der politisch-administrativen Tätigkeit, einen Schwerpunkt dar, weil mit kulturellen Angeboten und Begegnungen konkrete Kontakte zwischen den Bürgern geschaffen werden können. Ab 2002 wurde offiziell ein Kulturfonds für kleine Kulturprojekte mit einem gemeinsamen Budget der Partner eingerichtet. Diese Mittel waren auch vorher von den Partnern gemeinsam finanziert worden, aber jetzt wurde das Procedere geändert, und der Kulturausschuss war nun für die Bewilligung zuständig – die Kultur wurde Teil des politischen Prozesses. Dieser selbstverwaltete Kulturfonds ging 2004 in das „People to People“-Interreg-Projekt über.

Das Regionskontor zog 2004 um und wurde Mieter bei FDE in Lyren in Padborg. Es zeigte sich schnell, dass die Lage des neuen Sitzes unweit der Autobahn hervorragend war, auch wenn er etwas außerhalb von Padborg liegt. Waren bis 2004 überwiegend Kulturakteure und Politiker zu Besuch, kam mit den Grenzpendlern ab 2004 eine neue Gruppe von Gästen hinzu. Das Interreg-Projekt „Infocenter Grenze-Grænse“ hatte so viele Menschen mobilisiert, dass die Warteschlange die ersten Tage bis zu den Parkplätzen reichte – offenbar gab es hier einen großen Bedarf, und der Erfolg führte dazu, dass die Beratung von Grenzpendlern und die Pflege der entsprechenden Kontakte zu den Akteuren des Arbeitsmarktes ab Mitte 2007 ein fester Bestandteil der Tätigkeit wurde. Regionskontor und Infocenter gehören inzwischen zusammen und haben sich zu einem Kompetenzzentrum entwickelt, in dem sich Bürger, Unternehmen und öffentlichen Institutionen von beiden Seiten der Grenze über arbeitsmarktbezogene Fragestellungen informieren können.

Am 1. Januar 2007 trat die dänische Kommunalreform in Kraft. Diese Kommunalreform war auch für das deutsch-dänische Grenzland bedeutsam, denn die Mitglieder der Zusammenarbeit wurden jetzt neu zusammengesetzt und neu organisiert in der Regionalversammlung, dem Nachfolger des Regionalrates. Jetzt galt es, die neuen Groß-Kommunen Tønder, Haderslev, Sønderborg und Aabenraa und die neu

errichtete Region Syddanmark in die Zusammenarbeit einzubinden. Die Reform führte 2007 auch zu einem neuen Partnerschaftsabkommen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark, das das frühere Partnerschaftsabkommen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt aus dem Jahre 2001 ersetzte.

Das erste Jahrzehnt der Region Sønderjylland-Schleswig hatte eine grundlegende Funktion für die deutsch-dänische Zusammenarbeit. Weitere Kooperationen folgten in den Jahren danach, und seitdem sind viele neue grenzüberschreitende Netzwerke und Projekte entstanden. In vielen dieser Projekte waren die deutsche sowie die dänische Minderheit sehr aktiv. Sie stehen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit somit nicht mehr kritisch, sondern positiv und unterstützend gegenüber.



Foto: Region Sønderjylland-Schleswig



Foto: Region Sønderjylland-Schleswig

2008 - 2019: Fortschritt und Pragmatismus

Während sich die Zusammenarbeit in den ersten 10 Jahren in einer Aufbauphase befand, ging es in den Folgejahren um eine Verstetigung der vorhandenen Rahmenbedingungen, auch nach der dänischen Kommunalreform, und eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit. Das Regionskontor & Infocenter war ein Akteur auf dem Gebiet, zudem kamen in diesen Jahren neue Kooperationspartner hinzu.

Das Infocenter wurde zur Drehscheibe diverser Initiativen auf dem deutsch-dänischen Arbeitsmarkt. Das Interreg-Projekt „Pontifex Brückenbauer-Brobygger“ (2010 - 2014) sollte Hindernisse der grenzüberschreitenden Mobilität aufzeigen. Gemeinsam mit anderen Akteuren wurde u. a. die gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungen vorangetrieben, und Themen wie Kindergeld und steuerliche Regelungen für Grenzpendler wurden aufgegriffen. Gleichzeitig wurde energisch daran gearbeitet, deutsche und dänische Behörden entsprechend auf den internationalen Arbeitsmarkt vorzubereiten, weshalb das Regionskontor & Infocenter laufend mit den Kommunen auf Sachbearbeiter- und Leitungsebene in Kontakt stand, um zu gewährleisten, dass kein Grenzpendler durch das soziale Netz fällt.

Auch der Kulturbereich war in dieser Zeit vielen Veränderungen unterworfen. Seit dem Beginn von „People to People“ als erstes Interreg-Projekt mit einem Mikroprojektpool hat die Region Sønderjylland-Schleswig mehrere Kulturprojekte auf den Weg gebracht: Kulturbrücke, KulturDialog, KursKultur und jüngst KursKultur 2.0, deren gemeinsamer Schwerpunkt die interkulturelle Begegnung war, wobei deren Aufgabenbereich aber erheblich erweitert wurde.

Seit der Gründung der Region Sønderjylland-Schleswig wurde die Entwicklung von Nachbarsprachenkompetenzen in Deutsch und Dänisch als eine Kernaufgabe hervorgehoben. Bereits 1998 wurde die Arbeitsgruppe „Sprache und interkulturelle Verständigung“ errichtet, die untersuchen sollte, wie sich sprachliche und kulturelle Barrieren in der Region Sønderjylland-Schleswig überwinden lassen. 2004 verabschiedete der Vorstand der Region Sønderjylland-Schleswig eine Resolution zur Förderung der nachbarsprachlichen Kompetenzen. Im Jahr darauf wurde eine Sprachkampagne auf den Weg gebracht, durch die Aktivitäten und Projekte zur Förderung des Interesses an der jeweiligen Nachbarsprache entwickelt werden sollten. Auf Veranlassung des Kulturausschusses wurde 2019 eine Folgestrategie entwickelt.

Das Sprachprojekt „Professor Dr. ABC“ wurde 2009 mit dem Europäischen Sprachpreis ausgezeichnet.

2011 - 2012 bewarben sich Sønderborg mit Sønderjylland-Schleswig als europäische Kulturhauptstadt 2017. Der Kulturschwerpunkt führte zu vielen neuen Initiativen, die auch weitergeführt wurden, nachdem Sønderborg den Wettbewerb gegen Aarhus verloren hatte. Die Region war Projektpartner und unterstützte die Initiative.

Parallel dazu wurde im Jahr 2012 eine Erweiterung der dänischen Vereinbarung „Den sønderjyske kulturaftale“ zu einer grenzüberschreitenden Vereinbarung vorbereitet, die erstmalig auch die Kommunen südlich der Grenze einbeziehen sollte. Die Kulturvereinbarung Sønderjylland-Schleswig ging 2013 an den Start und lief bis 2016. Am 3. Februar 2017 unterzeichneten die Partner eine neue Vereinbarung, die jedoch bereits am 1. Januar 2017 in Kraft getreten war.

Die Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der Schlacht bei Düppel am 16. April 1864 waren bis 2014 nicht nur bei den dänischen Partnern ein durchgehendes Thema, sondern auch bei den deutschen. Mit diesem historischen Jubiläum eines zentralen Zeitraums im deutsch-dänischen Grenzland wurde an konfliktreiche Jahre erinnert, aber auch nach vorn geschaut. Historische Vereine, die Kommunen und weitere Akteure führten das ganze Jahr 2014 Veranstaltungen durch.

Im April 2015 unterzeichneten der dänische Steuerminister und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident eine gemeinsame Erklärung zu Wachstum und Wirtschaftsentwicklung im deutsch-dänischen Grenzland. Die Region war an den Vorbereitungen dieser Erklärung aktiv beteiligt. Die Vereinbarung führte zu einer Reihe von Verbesserungen für Grenzpendler, u. a. wurde eine Kooperation zwischen dem Infocenter der Region Sønderjylland-Schleswig und der dänischen Steuerbehörde SKAT etabliert.

2016 stellte die dänische Regierung ihre Deutschlandstrategie vor. Hauptziel der Strategie war, den dänischen Exporterfolg auf dem deutschen Markt zu unterstützen. Gleichzeitig brachte das dänische Kulturministerium einen Schwerpunkt „Deutschland“ für die Jahre 2018 - 2020 auf den Weg. Dabei stand die künstlerische Zusammenarbeit mit allen Bundesländern, nicht nur Schleswig-Holstein, im Mittelpunkt. Durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Visit Denmark, Hamburg, Wonderful Copenhagen und Visit Aarhus wurde der Kulturtourismus in den Vordergrund gerückt. Diese Maßnahme erreicht mit dem Deutsch-Dänischen Kulturellen Freundschaftsjahr 2020 ihren Höhepunkt. Dies ist als ein integrierter Bestandteil der Feierlichkeiten anlässlich der Würdigung der Grenzziehung vor 100 Jahren zu sehen.

In den vergangenen Jahren musste sich die Grenzregion auch mit der Weltpolitik auseinandersetzen. Der Bürgerkrieg in Syrien erlangte z. B. konkrete Bedeutung für die Grenzregion, als viele Menschen aus diesem Land im Herbst 2015 in die skandinavischen Länder flüchteten. Ihre Fluchtroute führte sie zum Teil über den Fehmarnbelt, aber hauptsächlich über die feste Landesgrenze. Für einige Wochen

wurde vom Flensburger Bahnhof aus die Weiterfahrt der Geflüchteten nach Skandinavien organisiert. Die dänische Regierung reagierte mit der Einführung vorübergehender Grenzkontrollen ab dem 1. Januar 2016. Diese wurden bis heute mehrfach verlängert.

Obwohl von deutscher Seite Kritik geäußert wurde, konnten die Grenzkontrollen der deutsch-dänischen Zusammenarbeit jedoch nichts anhaben, die sich somit als äußerst stabil und für beide Seiten von Nutzen erwiesen hat. Gleiches gilt auch für die Errichtung des Wildschweinzäuns 2018 - 2019, bei dem ebenfalls südlich der Grenze kritische Stimmen laut wurden. Auch diese Diskussion konnte in keiner Weise an der formalisierten Zusammenarbeit rütteln. Hier hat die Politik gleichermaßen mit Pragmatismus und Weitsicht agiert.



Foto: Tim Riediger

Epilog

Die vergangenen 100 Jahre waren für das ganze Grenzland eine bewegte Zeit, wozu nicht nur die Grenzziehung 1920 beigetragen hat. Auch die Tatsache, dass die Region an der Grenze liegt und somit zwei nationalen politischen Systemen angehört, führte aufgrund des Zweiten Weltkrieges und der Besatzungszeit zu extremen Spannungen. Es sollten viele Jahre vergehen, bis normalisierte Verhältnisse etabliert werden konnten und gar eine neue Zusammenarbeit möglich wurde, die die Grenze anerkennt und sich gleichzeitig für eine Minimierung der Hemmnisse einsetzt.

War die Grenze in der Anfangsphase überwiegend eine Trennlinie, haben sich seit Mitte der 1990er Jahre wesentliche Änderungen vollzogen, als die Region Sønderjylland-Schleswig gegründet wurde und Dänemark dem Schengener Abkommen beitrug. Selbst in den letzten Jahren, in denen sich der nationale Aspekt wieder immer mehr durchgesetzt hat und es europäische Krisen gab, hat das Grenzland an der guten Zusammenarbeit festgehalten. Mehr- sowie Minderheiten in der Grenzregion erkennen die Vorteile einer festen Zusammenarbeit mit kooperativen Gremien, Netzwerken mit entsprechenden regelmäßigen Treffen und Austauschmöglichkeiten. Der Dialog über die Grenze hinweg besteht nach wie vor und gestaltet sich nach mehr als 20 Jahren so stabil, dass die Region Sønderjylland-Schleswig positiv auf das Jahr 2020 blickt.



Foto: Martin Ziemer

Literatur

Graw-Teebken, Andrea: Grenzüberschreitende Kulturarbeit – seit 1997 bei der Region Sønderjylland-Schleswig. in: Grenzfriedenshefte 1-2018, S. 43 - 54.

Graw-Teebken, Andrea: 20 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig. Ein Rückblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit 1997 - 2017. in: Grenzfriedenshefte, Jahresband 2017, 64. Jg., S. 5 - 20.

Klatt, Martin: Fra modspil til medspil? Grænseoverskridende samarbejde i Sønderjylland/Schleswig 1945-2005. Sønderborg 2006

Regionskontor & Infocenter: 20 Jahre Zusammenarbeit 1997 - 2017 / 20 års samarbejde 1997-2017/. Padborg 2017

Region Sønderjylland-Schleswig: Jahresberichte 1998 - 2018

